

Antrag

**der Abgeordneten Heike Sudmann, Stephan Jersch, Insa Tietjen,
Sabine Boeddinghaus, Olga Fritzsche, Deniz Celik, Dr. Carola Ensslen,
Norbert Hackbusch, Metin Kaya, Cansu Özdemir, Dr. Stephanie Rose
und David Stoop (DIE LINKE)**

zu Drs. 22/10109

**Betr.: Mobilitätswende braucht Preiswende beim hvv: 29-Euro-Ticket und
Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)**

Steigende Energiepreise, Mieten und die hohe Inflation belasten die Lebenssituation vieler Hamburger:innen bis an die Schmerzgrenze und auch darüber hinaus. Die immer spürbarer werdenden Folgen der Erderwärmung belasten die Umweltsituation in Hamburg weiter erheblich. Deshalb ist entschiedenes staatliches Handeln gefordert. Die notwendige Mobilitätswende kann sowohl zur finanziellen Entlastung vieler Hamburger:innen als auch für die Verbesserung der Umwelt genutzt werden.

Das vom 1. Juni bis zum 31. August 2022 eingeführte 9-Euro-Ticket zeigte die Potenziale für eine nachhaltige Mobilität durch günstigere Fahrpreise. Gleichzeitig bremste es auch den Anstieg des Verbraucherpreisindex. Selbst das arbeitgeber:innennahe Institut der Deutschen Wirtschaft betonte die Rolle stabiler oder sinkender Preise staatlicher Dienstleistungen bei der Kontrolle der Inflation.

Eine Entlastung der Bürger:innen ist auch über den Zeitraum Juni bis August hinaus dringend nötig. Der Verbraucherpreisindex lag im Oktober 2022 um 10,4 Prozent über dem Vorjahresmonat. Lohnerhöhungen können dies nur partiell ausgleichen, die Entlohnung vieler Beschäftigten ist in lang laufenden Tarifverträgen geregelt und viele aktuelle Tarifabschlüsse liegen deutlich unter der Teuerungsrate.

Das Beispiel der Stadt Wien zeigt sehr deutlich: Günstiger ÖPNV entlastet die Haushaltskassen der Menschen, gerade in den unteren Einkommensklassen. So lagen die durchschnittlichen Mobilitätsausgaben der Wiener Haushalte aufgrund des dort vor Jahren eingeführten 365-Euro-Tickets deutlich unter denen aller anderen österreichischen Bundesländer. Nach dem Erfolg des Wiener Modells hat das österreichische Klimaministerium ein landesweit gültiges Klimaticket für 3 Euro am Tag eingeführt, das sogar für den Fernverkehr mitgenutzt werden kann.

Das bundesweit gültige 49-Euro-Ticket in Deutschland ist ein Schritt in die richtige Richtung. Es wird einen unkomplizierten und flächendeckenden Zugang zum öffentlichen Verkehr bieten. Der Einführungszeitpunkt ist derzeit noch völlig offen, mittlerweile wird schon der 1. Mai als Startdatum in der Presse lanciert.

Die Preisfestsetzung auf 49 Euro ist allerdings nicht so, dass dieses Ticket zu einem Gut wird, das jede:r „eh hat“ und das damit auch im direkten Preiswettbewerb (bei reiner Betrachtung der Benzinkosten) mit dem Autoverkehr bestehen kann. Verglichen mit Einzelfahrscheinen rechnet sich das Ticket erst ab 15 Fahrten pro Monat. Ein 29-Euro-Ticket für Hamburg würde sich hingegen schon ab neun Fahrten rechnen.

Für die Teilhabe aller am sozialen, kulturellen und politischen Leben ist eine drastische Senkung der Fahrpreise schrittweise hin zu einem fahrscheinfreien ÖPNV eine wichtige Maßnahme. Daher erhalten beispielsweise Berliner Schüler:innen einen kos-

tenfreien Fahrschein und der dortige Senat prüft die Einführung einer dritten Finanzierungssäule für den öffentlichen Verkehr. Auch der Bremer Senat lässt die Modelle des ticketlosen und somit für die Kund:innen kostenfreien ÖPNV ergebnisoffen prüfen. Im Jahr 2023 führt der Gemeindeverband Montpellier Méditerranée Métropole den Nulltarif im Stadt- und Umlandverkehr ein und ist damit mit rund 450.000 Einwohner:innen die größte europäische Kommune, die die Fahrscheine abschafft. Als Vorstufe hatte man dort bereits einen ticketlosen ÖPNV für Menschen unter 18 und über 65 Jahre sowie für alle anderen an den Wochenenden eingeführt.

Der vom Senat vorgesehene Sozialrabatt in Höhe von 24,80 Euro soll auf 29 Euro erhöht werden. Eine Erweiterung des Kreises der Berechtigten ist unumgänglich, da gerade Menschen mit niedrigen Erwerbseinkommen besonders von den rasant steigenden Lebenshaltungskosten betroffen sind.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. zum 1. Januar 2023 keine hvv-Fahrpreiserhöhung vorzunehmen,
2. zum 1. Januar 2023 ein neues Abo für Hamburg AB zu 29 Euro pro Monat einzuführen, das ergänzend zu dem im Laufe des Jahres kommenden bundesweiten 49-Euro-Ticket angeboten wird,
3. sicherzustellen, dass dieses neue Abo auch weiterhin die Mitnahmemöglichkeiten und die Gültigkeit im Gesamtnetz an Wochenenden und Feiertagen hat,
4. der Sozialrabatt wird von 24,80 auf 29 Euro monatlich erhöht und der Kreis der Berechtigten erweitert auf Menschen mit Bezug von ALG II, Grundsicherung, Opferrenten, Leistungen für Geflüchtete, Wohngeld, Zuschlag zum Kindergeld, Studierende, Freiwilligendienstleistende und Auszubildende mit Wohn- oder Ausbildungs-/Studien-/Dienstort in Hamburg,
5. eine Aufstellung der realen Kosten für Straßenbau/-unterhaltung zusammen mit den Folgekosten des motorisierten Individualverkehrs (Umwelt und Gesundheit) für Hamburg im Vergleich zu den realen und den Folgekosten des ÖPNV in Hamburg der Bürgerschaft vorzulegen,
6. das Netz des ÖPNV in Hamburg schnell auszubauen und dabei – neben kurzfristigen Maßnahmen wie einer Erweiterung des Busnetzes – in die Planung und Realisierung eines modernen Straßenbahnnetzes statt in den langwierigen und teuren U-Bahn-Bau einzusteigen,
7. einhergehend mit dem Ausbau des ÖPNV den Autoverkehr in Quartieren mit guter ÖPNV-Anbindung einzuschränken,
8. ein Konzept für den Start eines ticketlosen ÖPNV ab dem Jahr 2025 zu erarbeiten,
9. der Bürgerschaft bis zum 30. Juni 2023 über den Sachstand zu berichten.